

## **A02** Alles für Alle - Wirtschaft übernehmen!

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 19.08.2026  
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

### **Antragstext**

- 1 Deutschland steht im vierten Jahr wirtschaftlichen Stillstands, und die Antwort,  
2 die uns von Arbeitgeberverbänden, der Union und aus dem Kanzleramt angeboten  
3 wird, lautet immer gleich: Das Land sei zu teuer, zu reguliert, zu bequem  
4 geworden. Wer länger arbeitet, weniger verdient und weniger Rechte hat, rettet  
5 den Standort.
- 6 Wir halten dem eine andere Frage entgegen. Nicht: Was kostet die Arbeit?  
7 Sondern: Wem gehört was sie schafft und wer entscheidet darüber?
- 8 Denn es fehlt in diesem Land nicht an Vermögen, sondern am Zugriff. Nach  
9 Berechnungen des DIW verfügt allein das reichste Prozent der Bevölkerung über  
10 rund 35 Prozent des gesamten Nettovermögens; die oberen zehn Prozent halten weit  
11 über die Hälfte, nach dieser Rechnung gut zwei Drittel. Die untere Hälfte der  
12 Bevölkerung kommt zusammen auf etwa ein Prozent. Rund 1,5 Prozent der  
13 Erwachsenen, also etwa eine Million Personen, besitzen ein Nettovermögen von  
14 mindestens einer Million Euro.
- 15 Entscheidend ist aber die Zusammensetzung dieser großen Vermögen. Das Vermögen  
16 der Reichsten besteht zu rund 40 Prozent aus Betriebsvermögen und zu einem  
17 weiteren Viertel aus nicht selbst genutzten Immobilien. Vermögenskonzentration  
18 in Deutschland heißt in erster Linie Konzentration von Produktionsmitteln. Wer  
19 über Vermögen redet, redet über Verfügungsmacht über Arbeit.
- 20 Und das ist ein ostdeutsches Thema. Menschen mit Wohnsitz in den neuen  
21 Bundesländern sind in der unteren Hälfte der Vermögensverteilung deutlich über-  
22 und unter den Millionär:innen mit rund sechs Prozent deutlich  
23 unterrepräsentiert. Wenn wir hier über Wirtschaftspolitik reden, reden wir über  
24 eine Region, in der Wertschöpfung stattfindet, deren Erträge aber ganz  
25 überwiegend woanders anfallen.
- 26 Gerade jetzt entscheidet sich diese Eigentumsfrage neu und das an mehreren  
27 Stellen gleichzeitig.
- 28 Zum einen entsteht auf Bundesebene mit der Frühstartrente und der  
29 Altersvorsorgereform ein neuer, dauerhaft wachsender Kapitalstock aus staatlich  
30 gefördertem Geld. Zum anderen wechselt in den kommenden Jahren mit dem  
31 Renteneintritt der Babyboomer-Generation ein erheblicher Teil des deutschen  
32 Produktivkapitals die Hand, oder eben nicht. In beiden Fällen wird gerade  
33 festgelegt, wer die Kontrolle bekommt. Und in beiden Fällen ist die  
34 Voreinstellung: nicht wir.
- 35 Aber nicht nur staatliche Rentenreformen beantworten die Verteilungsfrage, bevor  
36 sie gestellt wurde. Auch der demographische Wandel trägt zusehends dazu bei,

37 dass sich das Alltagsbild ändert, ohne dass wir aktuell gesellschaftlich darüber  
38 entscheiden, wie es weiter geht.

39 Nach dem KfW-Nachfolge-Monitoring Mittelstand streben 545.000 mittelständische  
40 Unternehmen bis Ende 2029 eine Nachfolgeregelung an. Demgegenüber planen 569.000  
41 Inhaber:innen, die sich bis Ende 2029 zurückziehen wollen, gar keine  
42 Fortführung. Erstmals überwiegen damit die Stilllegungs- die Nachfolgeplanungen.  
43 57 Prozent der Mittelstandsinhaber:innen sind 55 Jahre oder älter; über zwei  
44 Millionen Menschen. 47 Prozent derjenigen mit Stilllegungsplänen geben an, dass  
45 in ihrer Familie schlicht kein Interesse an einer Fortführung besteht.

46 Hier wird Jahr für Jahr funktionierende Produktion, funktionierendes Handwerk  
47 und funktionierende Facharbeit vernichtet und das schlicht durch das Fehlen  
48 einer Person, die den Betrieb übernimmt und finanzieren kann. Betroffen sind  
49 gerade die kleinen und mittleren Betriebe in der Fläche, also überproportional  
50 in Ostdeutschland und in strukturschwachen Regionen. Und dabei sitzen die  
51 Menschen, die diese Betriebe am besten kennen, jeden Morgen darin: die  
52 Belegschaften.

53 Aufgrund dieser Punkte brauchen wir zukunftsfähige und demokratisierende  
54 Wirtschaftsreformen.

### 55 **1. Aktienrente und Altersvorsorgedepot: Mitbestimmung in Arbeiter:innenhand**

56 Auf Bundesebene entsteht mit dem Frühstartrentengesetz vom Juli 2026 und der  
57 Altersvorsorgereform ein neuer, dauerhaft wachsender Kapitalstock: individuelle,  
58 kapitalgedeckte und privatwirtschaftlich organisierte Altersvorsorgedepots.  
59 Hinzu kommt das Generationenkapital.

60 Wir kritisieren diesen Kurs grundsätzlich: Die Kapitaldeckung wird ausgebaut,  
61 während die umlagefinanzierte, solidarische Rente unter Druck bleibt. Der  
62 Sozialbeirat der Bundesregierung hat vor Mitnahmeeffekten, Kosten und Bürokratie  
63 gewarnt und wir schließen uns dem an.

64 Wenn diese Milliarden aber kommen, dann gilt: Es ist unser Geld. Also gehört uns  
65 auch die Stimme.

66 Jede Aktie trägt ein Stimmrecht. Die Frage ist nie, *ob* es ausgeübt wird, sondern  
67 nur, *von wem*. Wer in ein Depot einzahlt, wird formal Miteigentümer:in eines  
68 Stücks der deutschen und der Weltwirtschaft aber die Stimme, die an diesem  
69 Eigentum hängt, geht automatisch an die Fondsgesellschaft. Millionen Menschen  
70 bekommen Eigentum ohne Macht.

71 Diese Macht ist bereits heute hochkonzentriert. BlackRock, Vanguard und State  
72 Street haben zusammen im Durchschnitt rund ein Viertel aller Stimmen bei den 500  
73 größten US-Konzernen abgeben, und dieser Anteil könnte bei Fortschreibung der  
74 Trends innerhalb von zwei Jahrzehnten auf bis zu 40 Prozent steigen. Drei  
75 Unternehmen, deren Kund:innen ihnen nie eine politische Vollmacht erteilt haben,  
76 entscheiden über Aufsichtsräte, Vorstandsvergütungen und Ausschüttungen eines  
77 erheblichen Teils der börsennotierten Wirtschaft. Doch diese Macht üben sie  
78 zumeist nur im kurzfristigen Interesse aus, oder schließen sich einfach den  
79 Vorständen an und streben kurzfristige Erfolge an.

80 Die Beschäftigten haben demgegenüber das langfristige Interesse. Wer in einem  
81 Unternehmen arbeitet und zugleich über die Altersvorsorge daran beteiligt ist,  
82 hat ein doppeltes Interesse an demselben Betrieb: an seinem Bestand und an  
83 seinem Ertrag. Ein Vermögensverwalter, der an einem Quartalsvergleich gemessen

84 wird, hat nur eines. Deshalb ist die Belegschaftsperspektive diejenige, die sich  
85 am nachhaltigsten auf die Wirtschaft auswirkt.

86 Aus den Erfahrungen der Arbeiter:innenbewegung der letzten Jahrzehnte wissen  
87 wir, dass das funktioniert. Die Behauptung, Arbeitnehmer:innenmacht in  
88 Unternehmensgremien schade der Wirtschaft, ist empirisch geprüft und widerlegt.  
89 Arbeitnehmer:innenvertreter in Aufsichtsräten führen nicht zu negativen Effekten  
90 auf Löhne, Lohnstruktur, Lohnquote, Profitabilität oder Fremdkapitalkosten. Wohl  
91 aber ein deutlicher Effekt in die andere Richtung: eine Beteiligung führt zu  
92 stabileren Unternehmen.

93 Und weil eine einzelne Stimme aus einem Depot mit ein paar tausend Euro  
94 rechnerisch nichts ist müssen diese gebündelt werden. Millionen atomisierter  
95 Kleinstanteile sind der Grund, warum die Macht heute bei den Verwaltern liegt.  
96 Kollektive Organisation ist die einzige Form, in der kleine Anteile zu Einfluss  
97 werden. Und Gewerkschaften sind die einzige Organisation in diesem Land, die  
98 demokratisch von Beschäftigten legitimiert sind, über Betriebs- und  
99 Branchengrenzen hinweg handeln können und seit Jahrzehnten praktische Erfahrung  
100 darin haben, Arbeitnehmer:inneninteressen in Aufsichtsräten zu vertreten.

101 Wir fordern deshalb die SPD Bundestagsfraktion, und unsere Thüringer  
102 Bundestagsabgeordneten im besonderen auf, sich für eine gesetzliche Regelung  
103 einzusetzen, die die Bündelung und demokratische Ausübung der Stimmrechte aus  
104 den geförderten Altersvorsorgedepots und dem Generationenkapital ermöglicht. Die  
105 Stimmrechte müssen gebündelt und an ein Gremium übertragen werden, das sich aus  
106 Vertreter:innen der Gewerkschaften zusammensetzt.

## 107 **2. Belegschaftsübernahmen: EuroESOP und Genossenschaft statt Stilllegung**

108 Die Nachfolgekrise der Unternehmen ist die größte Gelegenheit zur Verbreiterung  
109 von Produktivvermögen seit der Treuhand und diesmal können wir es besser machen.

110 In der Nachfolgekrise fehlt es nicht an Wissen, an Kundenstämmen oder an  
111 funktionierenden Betrieben. Es fehlt an Menschen, die im richtigen Moment einen  
112 sechsstelligen Kaufpreis aufbringen können. Die Belegschaft hat alles außer dem  
113 Geld. Genau an dieser Stelle setzt das EuroESOP-Modell an: Der Betrieb wird  
114 nicht aus dem Privatvermögen der Beschäftigten gekauft, sondern schrittweise aus  
115 den künftigen Gewinnen des Unternehmens, über eine Treuhandstruktur und ohne  
116 persönliche Haftung. Diese Form wird bereits in anderen Ländern erfolgreich  
117 praktiziert und zeigt, dass Menschen gemeinschaftlich Verantwortung übernehmen,  
118 wenn man ihnen keine Mauern in den Weg baut.

119 Wenn die Belegschaft nicht übernimmt, gibt es zwei realistische Wege: Der  
120 Betrieb wird stillgelegt (das geschieht derzeit bis zu 114.000 Mal im Jahr),  
121 oder er wird an einen Konzern oder eine Beteiligungsgesellschaft verkauft, mit  
122 den bekannten Folgen: Zentralisierung von Funktionen, Verlagerung von  
123 Wertschöpfung an den Hauptsitz, Schließung des Standorts, sobald sich die  
124 Rendite anderswo besser darstellen lässt.

125 Belegschaftseigentum ist die einzige strukturell standortgebundene  
126 Eigentumsform. Ein Betrieb, der denen gehört, die morgens hineingehen, verlagert  
127 sich nicht nach Ungarn. Die Debatte über Abwanderung, die uns als Argument für  
128 Lohnsenkungen vorgehalten wird, hat hier ihre eigentliche Antwort: nicht  
129 billigere Arbeit, sondern Eigentümer:innen, die in der Region wohnen und am  
130 Erfolg des eigenen Unternehmens Interesse haben sorgen für ausreichend  
131 Innovationen zum Erhalt des Standorts.

In Deutschland weisen eingetragene Genossenschaften seit Jahrzehnten die niedrigste Insolvenzquote aller Rechtsformen auf. Gerade die genossenschaftliche Pflichtprüfung ist einer der Gründe dafür. Sie dient der Feststellung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung. Wir wollen die Prüfung nicht abschaffen, sondern bezahlbar machen.

Wird der Betrieb zum Marktpreis erworben bekommen die scheidenden Inhaber:innen ihr Geld, in vielen Fällen mehr, als bei einer Liquidation übrig bliebe. Verändert wird nicht die Höhe des Vermögens, sondern seine Verteilung: Betriebsvermögen, das heute zu 40 Prozent das Vermögen des reichsten Prozents ausmacht, geht in die Hände derer über, die es erarbeitet haben. Die zukünftigen Erträge fließen dann jedoch den Belegschaften zu, und nicht mehr bloß in die Taschen einzelner Eigentümer. Es gibt keinen zweiten Mechanismus, der Produktivvermögen in dieser Größenordnung umverteilt, ohne einen einzigen Eigentumsartikel des Grundgesetzes zu berühren.

Solche Übernahmen sollten jedoch in einer Genossenschaft organisiert sein. In der eingetragenen Genossenschaft gilt: ein Mitglied, eine Stimme – unabhängig von der Höhe der Einlage. Ein reines Anteilsmodell reproduziert die Vermögensungleichheit innerhalb der Belegschaft und macht aus Facharbeiter:innen Kleinaktionär:innen ohne Einfluss. Bedingung für die staatliche Förderung müssen deshalb echte Mitgliedschafts- und Stimmrechte sein, keine virtuellen Beteiligungen ohne Mitsprache und keine reinen Führungskräfteprogramme.

Wir fordern unsere Thüringer SPD Minister:innen und Landtagsabgeordneten auf, sich für ein Landesprogramm „Betrieb in Belegschaftshand“ einzusetzen. Dieses soll bei der Thüringer Aufbaubank angesiedelt sein und folgende Punkte beinhalten:

- Darlehen und Haftungsfreistellungen für genossenschaftliche und ESOP (Employee Stock Ownership Programm)-basierte Belegschaftsübernahmen,
- ausdrückliche Öffnung der landeseigenen Beteiligungsgesellschaften und der Bürgschaftsbank für Mitarbeiterbeteiligungsgenossenschaften,
- Zinsvergünstigung aus Mitteln des Zukunftssparbuchs, wie wir es in unserem Antrag zur Nachfragepolitik fordern,
- eine Kofinanzierung des Landes für Belegschaften, die einen von Schließung bedrohten Betrieb als Genossenschaft übernehmen.

Des Weiteren fordern wir die Übernahme der Gründungs- und Pflichtprüfungskosten für kleine Genossenschaften in den ersten fünf Jahren durch das Land und ein Nachfolge-Frühwarnsystem. Die genossenschaftliche Pflichtprüfung ist sinnvoll, aber ihre Kosten dürfen nicht die Rechtsformwahl entscheiden.

Auch müssen die Kammern und Wirtschaftsverbände als Gesamtinteressenvertretung mehr in die Pflicht genommen werden. In der anstehenden Renteneintrittsphase der Babyboomer sollen sie dazu angehalten werden, anstehende Übergaben systematisch zu erfassen, damit Belegschaften Jahre vor dem Ausstieg der Inhaber:innen angesprochen werden können und nicht erst, wenn die Schließung schon beschlossen ist.

Die SPD Bundestagsfraktion fordern wir auf, sich für folgende Vorhaben einzusetzen:

- Ein deutsches ESOP-Gesetz nach dem EuroESOP-/GenoESOP-Modell, das eine eigene Treuhandstruktur für Belegschaftseigentum schafft und den schrittweisen Erwerb aus künftigen Gewinnen steuerlich ermöglicht.
- Steuerliche Gleichstellung der genossenschaftlichen Belegschaftsnachfolge mit der Familiennachfolge. Wer seinen Betrieb an die eigene Belegschaft übergibt, darf erbschaft- und schenkungsteuerlich nicht schlechter stehen als bei der Übergabe an die eigenen Kinder.
- Ein Informations- und Vorkaufsrecht der Belegschaft bei geplantem Verkauf oder geplanter Stilllegung: Beschäftigte müssen rechtzeitig informiert werden und die Möglichkeit erhalten, ein eigenes Übernahmeangebot vorzulegen.
- Beschäftigte, die einen von Schließung bedrohten Betrieb als Genossenschaft übernehmen, können ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld kapitalisieren und als Eigenkapital einbringen.

## Antragsbegründung

Erfolgt mündlich.